

Mitteilungen

FOLGE 155
FEBRUAR 2002

DÖW-NEUERSCHEINUNG JAHRBUCH 2002 WIDERSTAND UND VERFOLGUNG

Das DÖW-Jahrbuch 2002, das ab März erhältlich ist, widmet sich vorrangig dem „klassischen“ Thema des Dokumentationsarchivs, dem Thema „Widerstand und Verfolgung“. **Christine Schindler**, die das Jahrbuch redaktionell betreute, stellt im Folgenden die einzelnen Beiträge vor.

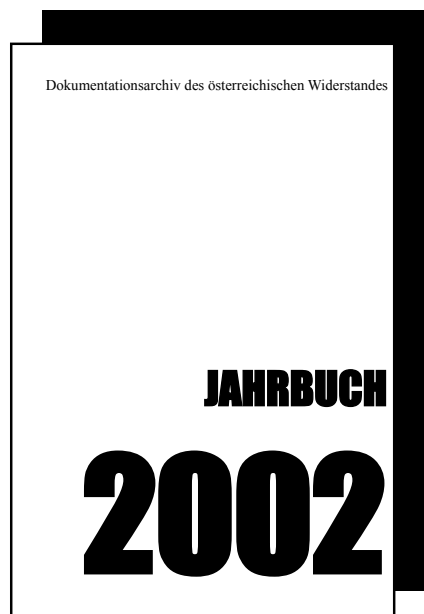
Peter Steinbach und **Johannes Tuchel**, die Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, beschäftigen sich mit Georg Elzers akribisch vorbereitetem Attentat auf Hitler vom 8. November 1939 im Münchener Bürgerbräukeller. Es ist die Tat eines einzelnen Mannes, der den Nationalsozialismus von Anfang an entschieden ablehnt und sich aufgrund der Verschlechterung der sozialen Verhältnisse und angesichts der drohenden Kriegsgefahr zu dem Attentat auf die NS-Führung entschließt und letztendlich dafür mit dem Leben bezahlt. Jedoch halten sich nicht nur hartnäckige Gerüchte um das Attentat von der Involvierung des britischen Geheimdienstes bis hin zur Vermutung, Elser sei ein Handlanger der NSDAP gewesen, bis weit in die Nachkriegszeit hinein — 1999 löst Lothar Fritze eine neuerliche Debatte aus, als er in seiner Chemnitzer Antrittsvorlesung Elser „moralisches Versagen“ vorwirft. Die beiden Autoren weisen die Kritik Fritzes entschieden zurück und widerlegen glaubwürdig jeden einzelnen seiner Kritikpunkte.

Neben Elzers Attentat ist Claus von Stauffenbergs Anschlag vom 20. Juli 1944 die einzige Tat, die Hitler direkt gefährlich wird. Mit dem militärischen Widerstand beschäftigt sich der österreichische Militärhistoriker **Karl Glaubauf** in seinem Beitrag über Oberst im Generalstab Heinrich Kodré. Detailreich rollt er die Geschichte des 20. Juli in Wien auf und untersucht dabei die entscheidende Schlüsselrolle Kodrés bei der Auslösung und Durchführung des geplanten Staatsstrei-

ches. Kodré war bereits 1935 der NSDAP beigetreten, machte nach dem „Anschluss“ in der Deutschen Wehrmacht Karriere und erhielt 1941 das Ritterkreuz. Tatsache ist aber auch, dass er am 20. Juli 1944 als Chef des Stabes im Wehrkreis XVII (Wien) die von den Führern der Revolte erlassenen Befehle befolgt, von der Gestapo festgenommen wird und die Befreiung im KZ Mauthausen erlebt.

Entschiedener Gegner des gewaltsamen Umsturzversuches des 20. Juli, aber auch der großdeutschen Konzeption Stauffenbergs war der spätere Außenminister Karl Gruber. Die Ambivalenz seines Oppositionsverhaltens zwischen Anpassung, Mit-

ten, Resistenz und Widerstand untersucht **Michael Gehler**, Zeitgeschichtler an der Universität Innsbruck. Nach dem „Anschluss“ 1938 geht Gruber nach Berlin, wo er in einem Labor der deutschen Rüstungsindustrie durch falsche Konstruktionen und Schaltungen Neuentwicklungen zu verzögern sucht, eine Phase des „Widerstands auf leisen Sohlen“, wie der Autor es charakterisiert. Gegen Kriegsende schließt sich Gruber dem aktiven Widerstand in Tirol an und übernimmt die Leitung des Exekutiv- und Ordnungsausschusses der *Österreichischen Widerstandsbewegung* von April bis Mai 1945. So bewegt sich Grubers Verhalten in der NS-Zeit zwischen Opportunismus, vor-



Schwerpunkt: Widerstand und Verfolgung

Redaktion:
Christine Schindler

Wien 2002, ca. 180 Seiten,
€ 5,90 / ATS 82,-

Mit Beitr. v.
Michael Gehler, Karl Glaubauf,
Barry McLoughlin, Harmut
Mehringner/Albert A. Feiber, Peter
Steinbach/Johannes Tuchel u. a.

(Siehe Bestellschein auf der letzten Seite.)

nehmlich taktisch motivierter Anpassung über passive Resistenz bis hin zu aktivem Widerstand in der letzten Kriegsphase; Gehler bezweifelt dabei nicht die Ernsthaftigkeit von Grubers Widerstand, wohl aber dessen Effizienz und Bedeutung.

Die Religionsgemeinschaft der *Siebenten-Tags-Adventisten* stellt eine protestantische Freikirche dar, die aus der nordamerikanischen Erweckungsbewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts hervorgegangen ist. Mit weltweit rund 12 Millionen getauften Mitgliedern sind sie in Österreich mit 3.600 Mitgliedern kaum präsent. Aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen waren sie resistent gegenüber ideologischer Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus; diese Resistenz blieb jedoch passiv und führte zu keinerlei politischer Agitation, nicht die Untergrabung des Regimes, sondern die Glaubenstreue stand im Mittelpunkt. Die Gemeindeglieder, die dennoch aktiven Widerstand leisteten, konnten nicht mit dem Rückhalt ihrer Kirche rechnen. Im Zuge des Problems des Kriegsdienstes im Ersten Weltkrieg spalteten sich die *Reformadventisten* von der Mutterkirche ab, bauten eine eigene Organisation auf und vertraten das Prinzip der Gewaltfreiheit. Neben den *Zeugen Jehovas* waren die *Reformadventisten* im „Dritten Reich“ die einzige religiöse Gruppe, die — vor allem durch Kriegsdienstverweigerung — einen mehr oder weniger „geschlossenen“ Widerstand bekundete. Zu der wenig erforschten Geschichte ihres Widerstandes führt **Daniel Heinz**, Leiter des Historischen Archivs der Adventisten in Europa und Dozent für Kirchengeschichte an der Theologischen Hochschule Friedensau, die Beispiele von Julius Ranacher und Anton Brugger an, die beide wegen Wehrdienstverweigerung 1942 bzw. 1943 hingerichtet wurden.

Wie vollkommen anders alles heute wäre, schrieb Hannah Arendt in ihrem Buch „Eichmann in Jerusalem“, wenn es mehr solche Geschichten zu erzählen gäbe, und meinte damit die Geschichte des Feldwebels der Deutschen Wehrmacht Anton Schmid, der aus tiefer humanistischer Gesinnung heraus im Ghetto von Wilna versucht hat Jüdinnen und Juden zu helfen, sie versteckt, mit falschen Papieren versorgt und sie aus dem Ghetto hinausgeschmuggelt hat. 1967 wurde Schmid posthum die Ehrung eines *Gerechten*, die höchste Auszeichnung, die der Staat Israel zu vergeben hat, zuteil, unter anderen — zu wenigen und nach Kriegsende in ihren Heimatländern zu oft vergessenen — *Ge-*

rechten, die als Angehörige des „Großdeutschen Reiches“ unter Einsatz ihres Lebens Juden und Jüdinnen gerettet haben. DÖW-Mitarbeiter **Siegwald Ganglmair** erzählt die Geschichte von Anton Schmid und reinigt sie gleichzeitig von Mythen und Verzerrungen, ohne dabei der Würdigung dieses 1942 hingerichteten Mannes Abbruch zu tun. Keine Kaserne oder andere militärische Einrichtung erinnert heute in Österreich an den Österreicher Anton Schmid; in Deutschland wurde 2000 eine Kaserne in Rendsburg, Schleswig-Holstein, nach ihm benannt.

1924 zum Katholizismus konvertiert, beschließt der Naturwissenschaftler und Philosoph Karl Hilferding 1937 Priester zu werden und wählt den Orden *Societas Verbi Divini* (*Gesellschaft des Göttlichen Wortes*). Sein Noviziat absolviert er ab 1938 in den Niederlanden; der Autor des Beitrages, **Antoon Hullen** (ebenfalls Angehöriger der *Societas Verbi Divini*), lebte ein Jahr zusammen mit Frater Karl Hilferding in Teteringen. 1942 flieht Hilferding aus dem niederländischen Helvoirt, wird an der französisch-schweizerischen Grenze aufgegriffen und vom Lager Drancy nach Auschwitz deportiert. Er stirbt am 2. Dezember 1942 im Lager Groß-Strelitz. Auch seine Eltern fielen dem Holocaust zum Opfer: Rudolf Hilferding, Reichsfinanzminister und Mitglied des Reichstages in der Weimarer Republik, kam nach schwersten Misshandlungen 1941 in Paris in Gestapo-Haft ums Leben; Margarethe Hilferding, geb. Hönigsberg, Ärztin und Funktionärin der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* im Roten Wien, wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert und im selben Jahr ins Vernichtungslager Treblinka. Peter Hilferding, der jüngere Bruder von Karl, überlebt die NS-Zeit im neuseeländischen Exil.

Die *Dokumentation Obersalzberg* ist eine ständige Ausstellung des Instituts für Zeitgeschichte, München–Berlin, am Obersalzberg bei Berchtesgaden, dem zweiten Wohn- und Regierungssitz Adolf Hitlers. Die Geschichte des Obersalzbergs ist nach 1945 durch Vermarktung und Verdrängung gekennzeichnet; überall im Berchtesgadener Land ist bis heute Souvenirkitsch erhältlich, Andenken mit NS-Motiven, Postkarten, Videos über das Leben auf dem Berghof u. Ä. Werden dabei auch rein kommerzielle und keine rechtsextremen Absichten verfolgt, handelt es sich dennoch um eine unkritische und politisch-pädagogisch schädliche Präsentation der Ortsgeschichte. Hand in Hand mit der

Vermarktung ging die Verdrängung — Ruinen und intakte Gebäude wurden niedergedrückt, große Flächen aufgeforstet, die belastete und belastende Geschichte sollte beseitigt werden. Die 1999 eröffnete *Dokumentation Obersalzberg* bietet seriöse, wissenschaftliche — aber allgemein verständliche — Information und verbindet die Ortsgeschichte mit wesentlichen Aspekten des Nationalsozialismus. Leitmotiv der Ausstellung ist laut den Autoren **Hartmut Mehringer** und **Albert A. Feiber** vom Münchener Institut für Zeitgeschichte, die Verschränkung von Normalität, Terror und Grauen sowie der Gegensatz von politischer Utopie und realer weltgeschichtlicher Katastrophe.

Mit dem Massenterror unter Stalin und NKWD-Chef Jeshow von September 1936 bis November 1938 beschäftigt sich **Barry McLoughlin** (Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien). 1935–1938 fand die bis dahin schärfste Parteisäuberung statt; die Massenoperationen des NKWD zielten jedoch auf die unzufriedenen Massen, ebenso auf Ausländer, darunter die österreichischen Immigranten, ab.

Die meisten Opfer wurden aufgrund von Fragebogenangaben, die sie bei vielen Ansuchen an die Behörden gemacht hatten, in Haftlisten eingetragen, McLoughlin bezweifelt daher, dass dem *Großen Terror* ein „Terror von unten“ innewohnte; da spielte der Mob, wie etwa bei der Verfolgung der Wiener Juden 1938, keine Rolle, zumal die Massenoperationen im Geheimen abliefen. Nach McLoughlin diene dieser von der Parteiführung geplante und durchgeführte Terror der Vernichtung von Menschen und nicht ihrer Bestrafung. McLoughlin analysiert in seinem Beitrag auch die Forschungssituation seit 1991 und setzt sich kritisch mit der Geschichtsschreibung zum Thema auseinander.

www.doew.at

**DÖW-Bibliotheksabfrage
über Handy**

Unter der URL <http://doew.wap> ist der Bibliothekskatalog des DÖW — mit derzeit rund 20.000 Eintragungen — seit Anfang 2002 orts- und zeitunabhängig mit jedem WAP-fähigen Mobiltelefon oder PDA abfragbar.

DIE WANNSEE-KONFERENZ

Eine Ausstellung der Gedenkstätte
Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin

Veranstalter: Volkshochschule Hietzing
in Kooperation mit dem DÖW

Im Jänner 1942 verhandelten unter dem Vorsitz des SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich 14 Spitzenbeamte der Ministerialbürokratie und der SS in einer Villa in Berlin über die organisatorische Durchführung der Entscheidung, die Juden Europas in den Osten zu deportieren und zu ermorden.

Die aus Anlass der 60. Wiederkehr der so genannten Wannsee-Konferenz gezeigte Ausstellung wurde für Österreich adaptiert.

Schulen und Institutionen, die an der Ausstellung interessiert sind, können sie **kostenlos anfordern**. (Tel. 804 55 24/ DW 12, Dr. Robert Streibel)

Zeit: 19. Februar – 8. März 2002, Mo–Fr, 8.30–21.00 Uhr

Ort: Volkshochschule Hietzing
Hofwiesengasse 48
1130 Wien

18. 2. 2002, 18.30 Uhr
Eröffnung

Eröffnungsvortrag
Prof. Dr. Peter **Longerich**
Die Wannseekonferenz und die Entscheidung zur „Endlösung“

Der in London lehrende Historiker Prof. Dr. Peter Longerich hat sich u. a. durch die Publikation „Der ungeschriebene Befehl“ und als Gutachter im internationalen Prozess gegen den Leugner des Holocaust, David Irving, einen Namen gemacht. Die These Longerichs basiert auf einer Neubewertung von Hitlers Rolle in diesem längeren Entscheidungsprozess mit mehreren Eskalationsstufen.

Vortragsreihe zur
„Wannsee-Konferenz“

26. 2. 2002, 18.30 Uhr
Prof. Jonny **Moser**
Deportationen aus Österreich

5. 3. 2002, 18.30 Uhr
Prof. Dr. Wolfgang **Neugebauer**
(DÖW)
Theresienstadt

12. 3. 2002, 18.30 Uhr
Dr. Gabriele **Anderl**
Täter Eichmann

Weitere Informationen:
VHS Hietzing, Tel.: 804 55 24,
e-mail: office@vhs-hietzing.at

Helmut Fiederer

Wilhelm Gugig (1921–2001)

Wilhelm Gugig kam am 6. Oktober 1921 als Kind jüdischer Eltern in Wien zur Welt. Kindheit und Jugend erlebte er in bitterer Armut, aber in familiärer Geborgenheit. Zum Judentum führte ihn vor allem der Großvater. Seine jugendliche Unbeschwertheit ging ihm sogleich nach dem „Anschluss“ 1938 verloren. Er wurde Zeuge der Demütigungen, die man Juden im Zeichen des Hakenkreuzes antat, er wurde Zeuge der Barbarei des 9. November 1938. Sein Versuch nach Holland zu fliehen scheiterte. Im September 1939 wurde er gemeinsam mit seinem Vater verhaftet, Anfang Oktober 1939 überstellte man die beiden Männer mit 1.100 weiteren Wiener Juden in das KZ Buchenwald. Wilhelm hatte Glück: dank der Solidarität von Mithäftlingen wurde er im KZ zum Fliesenleger ausgebildet; so konnte er die Jahre der Haft durchhalten. Als er nach der Befreiung nach Österreich zurückkehrte, musste er hier erfahren, dass er — mit Ausnahme eines Onkels — als Einziger seiner Familie die Zeit der NS-Gewaltherrschaft überlebt hatte.

Als er 1978 in den Ruhestand trat, hieß dies für Wilhelm Gugig allerdings nichts weniger als Ruhe. Unermüdlich war er tätig, reiste von Schule zu Schule, von Vortrag zu Vortrag. Er wurde nicht müde, über die NS-Gewaltherrschaft zu berichten, vor Totalitarismus, Rassenhass und Antisemitismus zu warnen, er wurde nicht müde, für Achtung der Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaat und Toleranz zu werben. Der Bogen seiner Vorträge spannte sich von der Universität bis zur Sonderschule — gerade den Schülern solcher Schulen, Behinderten, galt seine besondere Zuwendung. Und er, der nie eine pädagogische Ausbildung erhalten hatte, galt all seinen Zuhörern als ein mitreißender Erzähler, als begabter Lehrer, als menschliches Vorbild.

Wilhelm Gugig starb am 21. Dezember 2001 auf dem Weg zu jenem Ort, der wie kein anderer über Jahrzehnte Mittelpunkt seines Wirkens war — er war auf dem Weg in die KZ-Gedenkstätte Mauthausen, um mit deren Mitarbeitern, die er alle seine Freunde nannte, die bevorstehenden Festtage zu feiern.

Am 16. Dezember 2001 verstarb DÖW-Kuratoriumsmitglied NR-Präs. a. D. Anton **Benya**, 1963–1987 Präsident des ÖGB, im Alter von 90 Jahren.

WIR BETRAUERN

Wirkl. HR Dr. Franz **Stundner**, Direktor des NÖ Landesarchivs i. R., Vorsitzender der anlässlich der Arbeiten an der DÖW-Dokumentation „Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich“ gegründeten *Kommission zur Erforschung von Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich* und Mitglied des DÖW-Kuratoriums, starb am 25. Dezember 2001 im 83. Lebensjahr.

Margarete **Hinterberger**, die Ehefrau des Schriftstellers und DÖW-Kuratoriumsmitglieds Ernst Hinterberger, verstarb am 20. Dezember 2001 im 74. Lebensjahr.

Prof. Robert **Vogel**, Ehrenvorsitzender der *Hilfsgemeinschaft der Blinden und Sehschwachen Österreichs*, starb am 29. November 2001 im Alter von 92 Jahren. Vogel musste nach dem „Anschluss“ 1938 aus Österreich flüchten und baute nach seiner Rückkehr 1947 die von den Nationalsozialisten aufgelöste *Hilfsgemeinschaft* wieder auf.

WIR GRATULIEREN

Dem Zeitzeugen Rektor Dr. Wilhelm **Samida**, ehemaliger Domkurat und Jugendseelsorger in Wiener Neustadt, wurde im Rahmen einer eindrucksvollen Veranstaltung von der NÖ Landesregierung das *Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Niederösterreich* verliehen.

Übersetzungen

Der von Fritz Keller im Jahrbuch 2000 des DÖW veröffentlichte Text „Dr. Heinrich Schüller (1901–1962). Vom Widerstandskampf in den Befreiungskrieg“ erschien nun in der Publikation *The Comintern and Its Critics. Revolutionary History*, Vol. 8, no 1, London 2001, auch auf Englisch.

Im Rahmen des Projekttags „Sprachen und Musik verbinden“ an der Pädagogischen Akademie Baden am 12. November 2001 wurde das Übersetzungsprojekt zum Buch von DÖW-Mitarbeiterin Antonia Bruha „Ich war keine Heldin“ (Übersetzung ins Englische: Claudia Mewald) präsentiert. Ebenfalls gezeigt wurden von SchülerInnen angefertigte Illustrationen zum Buch. Schon vorher hatte Prof. Jack Morrison (Shippensburg University, USA) Gedichte aus Bruhas Publikation ins Amerikanische übertragen.

Vortrag über „Kirche und Nationalsozialismus“

Am 21. Februar 2002, 19.00 Uhr, veranstaltet das *Restituta-Forum* einen Vortrag mit Dr. Annemarie Fenzl, Leiterin des Wiener Diözesanarchivs und des „Sekretariats Kardinal König“, über „Kirche und Nationalsozialismus in Wien im Spiegel der Akten des Wiener Diözesanarchivs mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Juden und Christen“. Ort: Hartmannspital, Vortragssaal, 5. Stock, Nikolsdorfergasse 26–36, 1050 Wien.

Das *Restituta-Forum*, dem auch Mitarbeiter des DÖW angehören, macht es sich zur Aufgabe, Gedankengut und Lebensgeschichte der 1943 hingerichteten und 1998 selig gesprochenen Ordensschwester Maria Restituta (Helene Kafka) zu verbreiten. Vereinsadresse: Restituta Forum, Hartmannsgasse 7, 1050 Wien.

Herbert Exenberger GEDENKEN IN RIGA

DÖW-Bibliothekar Herbert Exenberger war bei der Einweihung der Gedenkstätte in Riga am 30. November 2001.

Ich kenne einige Österreicher, die schon seit mehreren Jahren unermüdlich und zäh ihre Idee zu verwirklichen suchten: Die Errichtung eines würdigen Denkmals für die österreichischen Juden — Kinder, Frauen und Männer —, die nach Riga deportiert wurden und dort im Ghetto zugrunde gingen oder in den umliegenden Wäldern ermordet wurden. Sie haben es geschafft: mit Unterstützung mehrerer Institutionen und Personen, vor allem des Deutschen Riga-Komitees des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V., wurden ihre Visionen Wirklichkeit.

Am 29. November 2001 machten wir uns vom Flughafen Schwechat zu unserer Gedenkfahrt nach Riga auf. Wir — das waren Vertreter der österreichischen Opfer- und Widerstandsorganisationen, Ing. Erich Herzl und weitere Aktivisten der Wiener *Initiative Riga*, Angehörige von in dieser Stadt Ermordeten und ehemalige Österreicher aus Israel. In Riga hörten wir bewegende Worte der Erinnerung von Juden, Letten, Deutschen und Österreichern im Schwarzhäupterhaus, im Festsaal der jüdischen Gemeinde, im Bikernieki-Wald und in der Residenz des österreichischen Botschafters. Zu uns sprach u. a. die von mir sehr geschätzte amerikanische Historikerin Prof. Dr. Gertrude Schneider, eine österreichische Überlebende des Ghettos Riga.

Im Bikernieki-Wald wurde, inmitten von Massengräbern, die mit Kantsteinen eingefasst und durch Naturstein-Stelen gekennzeichnet sind, am 30. November die wohl jeden zum Nachdenken zwingende Gedenkstätte eingeweiht. Vom Haupteingang aus bewegten wir uns über einen sanft ansteigenden Weg der zentralen Gedenkstätte zu, im Blickfeld nur eine Art Chuppa, ein Baldachin aus modernem Baumaterial, um dann plötzlich etwas tiefer vor einem Meer aus größeren und kleineren Granitsteinen zu stehen — Symbole für die unzähligen Opfer der nazistischen Barbarei. Bewegt und in Gedanken versunken gehe ich auf schmalen Wegen durch diese Gedenkstätte, im Kopf den Satz des Gestalters Sergejs Rizs aus der Publikation des Deutschen Riga-Komitees: „*Die Steine sind wie ein Schrei der schuldlos Getöteten und lassen erkennen,*

dass der gesamte Ort ein einziger Hinrichtungsplatz war.“

Betroffen bleibe ich vor dem Tisch stehen, auf dem sich zylindrische Gefäße befinden, in denen die Namen der Ermordeten auf Listen verzeichnet sind und die zum Abschluss der Einweihungszeremonie unter der steinernen Chuppa in einen Schrein eingeschlossen werden. Ich suche die Rolle mit den Wiener Holocaustopfern, Namen verknüpfen sich mit Personen, wie etwa die Namen der nach Riga deportierten Eltern meiner Vorbilder, Freunde und Förderer Herbert Steiner und Josef Hindels. Gleichzeitig wird mehr als deutlich, welche grundlegenden Forschungsarbeiten durch das DÖW zur namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer geleistet wurden; die MitarbeiterInnen des DÖW setzten einen wesentlichen Grundstein für diese Erinnerungsstätte in Riga. Ich lege mit Kenneth B. Russell, der eigens aus Großbritannien nach Riga kam und der als Kurt Rosenthal seine Bar Mizwa in der Simmeringer Synagoge feierte, Kieselsteine aus Wien auf einen symbolischen Grabstein zum Gedenken an seine Eltern und an alle Simmeringer Juden, die hier ermordet wurden.

Wir besuchten noch die Massengräber in Rumbola, die beeindruckende Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Salaspils und fuhren durch das ehemalige Ghetto in Riga.

Als Ing. Erich Herzl in der Residenz des österreichischen Botschafters das Gedicht „Juden am Bahnhof“ rezitierte, hat mich das betroffen gemacht, denn es zeigt, welche Wirkung mein Beitrag über den lange vergessenen Autor Walter Lindenbaum im Jahrbuch 1988 des DÖW und meine gemeinsam mit Eckart Früh 1998 herausgegebene Textsammlung von Lindenbaum „Von Sehnsucht wird man hier nicht fett“ bereits hat. Diese Tage der Besinnung, Erinnerung und des Gedenkens in Riga sind wieder ein Ansporn, in unseren Aufklärungs- und Informationsbemühungen über die nazistische Barbarei nicht zu erlahmen. Es ist mehr als wichtig heute und auch in Zukunft die schreckliche historische Wahrheit klar und deutlich auszusprechen.

Vom Burgenland nach Südafrika

Der burgenländische Neonazi Wilhelm Christian Anderle, vormaliger Aktivist im *Ring Freiheitlicher Jugend* (RFJ), entzog sich 1995 der Verhaftung durch Flucht ins Ausland. Anderle, von seinem ehemaligen Lehrer Karl Schweitzer für die freiheitliche Sache angeworben, geriet im Zuge der Ermittlungen zu dem rassistisch motivierten Mordanschlag in Oberwart ins Visier der Terrorfahnder. Diese konnten dabei eine andere Straftat mit rechtsextremen Hintergrund aufklären: Anderle entpuppte sich nämlich als mutmaßlicher Friedhofschänder. Anfang November 1992 soll er gemeinsam mit Wolfgang T. (dieser hat dafür eine Haftstrafe von vier Jahren bereits abgebußt) den jüdischen Friedhof in Eisenstadt verwüstet haben. Auf die Grabsteine sprühten sie Parolen wie „Sieg Haider“, und in ihrem Bekenner schreiben bekundeten sie, dass sie mit dieser Tat ihrem „Vorbild Jörg Haider“ einen „arischen Gruß“ zukommen lassen wollten.

Nun tauchte Anderle in Südafrika auf, von wo aus er eine eigene (englischsprachige) Homepage betreibt. Auf dieser finden sich vor allem Berichte über die „Verfolgung“ österreichischer Neonazis und rassistische Texte.

Zur Zeit-Autor bei der NPD

Helmut Müller, Schriftleiter des *Eckartboten* und Führungskader der *Österreichischen Landsmannschaft*, sucht offenbar weiterhin die Nähe zur NPD. So ist er in der Ausgabe 11/2001 der vom NPD-Partei Vorstand herausgegebenen *Deutschen Stimme* neuerlich mit einer Kolumne vertreten.

Auch in *Zur Zeit* scheint Müller nun wieder regelmäßiger als Autor auf. Zuletzt widmete er sich seinem Steckenpferd, den angeblichen Gefahren der Multikulturalität. Im Anschluss an einschlägige Verhaltensforscher schreibt er: „Es rücken die Einwanderer, unterstützt von Landesverrätern und Kollaborateuren, unbehelligt vor, stecken wie jedes soziale Wesen ihr Territorium ab, um dann, durch Geburten- und Zuwandererschub begünstigt, erneut ein Stück vorzurücken — und so fort.“ (*Zur Zeit* 48/2001, S. 6) Müller geht aber noch weiter, vergleicht MigrantInnen mit „eingeschleppte[n] Seuchen“ und sieht „zukünftige Reservate für unsere Urenkel“

(ebenda) drohen. Ebenfalls nicht fehlen darf die Behauptung der Möglichkeit einer „Vererbung krimineller Anlagen“ (ebenda). Das unterschwellige Sympathisieren mit Gewalt ist hingegen — zumindest in *Zur Zeit* — neu: „Wenn es aber so ist, dass die Rahmenbedingungen für eine nationale Kulturpolitik möglicherweise in Wallstreet und Hollywood fixiert werden, dann wird es Zeit, Widerstand in guter, alter deutscher Weise und Tradition — siehe A. Hofer oder 1848er — zu leisten.“ (Ebenda, S. 7) Zuletzt gewinnt Müller den Terroranschlägen vom 11. September auch einen positiven Sinn ab: „Unter den Trümmern des World Trade Centers liegen schließlich auch die multikulturellen Träume Amerikas begraben.“ (Ebenda)

Bündnispartner fundamentalistischer Islam

Im Kampf gegen die moderne Zivilisation — v. a. gegen die „vernuttete oder vernünftliche Frau in der Null- oder Einkindfamilie“ und für die „traditionellen Familien“ — scheint der Wiener Rechts-extremist Robert Schwarzbauer im fundamentalistischen Islam einen Bündnispartner zu erkennen. Unter seinem Pseudonym Martin A. Schwarz verfasste er einen Artikel, in welchem er Position gegen „national gesinnte Deutsche“ bezieht, die gegen den Islam und die Etablierung von Moscheen auftreten, und bemerkt, es sei „wünschenswert, die entwurzelten muslimischen Einwanderer würden zu den Geboten ihrer Religion finden“. Im Hinblick auf das Ziel freilich unterscheidet sich Schwarz(bauer) wenig von jenen, die plumpe „Ausländer raus!“-Parolen vertreten: „Sollten einmal politische Umstände in Deutschland eine Rückführung der Ausländer in ihre Herkunftsländer möglich machen, so ist eine Beibehaltung ihrer Sitten ebenfalls nur eine Erleichterung.“ Feindbild ist nicht der seinen religiösen und kulturellen Traditionen treu bleibende „Ausländer“, sondern die „Ausländerintegration, die die Ausländer dem hier herrschenden babylonischen Sittenverfall angleicht“. Und genau diesen „Sittenverfall der Deutschen“ gelte es zu bekämpfen: „Abgetriebene Kinder, berufstätige Frauen, verwahrloster Nachwuchs, Kon-

sumismus als Religion, das sind die Probleme der Deutschen, die nicht dadurch gelöst werden, dass man Gotteshäuser verbietet.“

Bündnispartner ist der reaktionär verstandene Islam für Schwarz(bauer) auch und gerade in geostrategischer Hinsicht: „Würden die Nationalen nur ein bisschen über ihren Tellerrand hinausblicken, so könnten sie sehen, dass die muslimischen Staaten in einen Kampf auf Leben und Tod mit den Herren der Neuen Weltordnung verwickelt sind, die sittlichen Grundlagen ihrer Länder von der Überflutung mit westlich-amerikanischem Schund gefährdet sind, ihre Ökonomie durch den US-Imperialismus des IWF und der Welt-

bank angegriffen wird, ihre heiligen Stätten von den Zionisten besetzt und geschändet werden. Auch Nationale erkennen dies, wenn sie als politisch Verfolgte Zuflucht in arabischen Staaten oder in Persien suchen.“

Abschließend postuliert Schwarz(bauer) „eine weltweite Intifada gegen die Neue Weltordnung“ und verlangt von den „Deutschen“, dass sie sich „auf die Seite des Kampfes gegen die Neue Weltordnung stellen, gemeinsam mit der Welt des Islam und vor allem der Islamischen Republik als zur Zeit einzigen ‚befreiten Zone‘ dieses Erdenballes“.

Abgerufen werden kann der Schwarz(bauer)-Text auf der (auf einem österreichischen Server liegenden) Internetseite des Instituts für Islamische Bildung. Daneben publizierte Schwarzbauer u. a. in *Deutsche Stimme*, *Opposition*, *Signal*, *Nation & Europa* und *Genius*.

Den Weg zum „fundamentalistischen“ Islam dürfte Schwarzbauer über seine radikale Frontstellung gegen die Moderne gefunden haben. Seit 1998 widmet er dem reaktionären Kampf für „Tradition“ eine eigene Zeitschrift namens *Kshatriya*. Diese erschöpft sich weitgehend im Versuch, die Umtriebe (prä)faschistischer, okkultistisch-esoterischer und konservativer Intellektueller wie Julius Evola, Yukio Mishima, Charles Maurras, Corneliu Codreanu, Rudolf von Sebottendorf oder Carl Schmitt für den heutigen Rechtsextremismus nutzbar zu machen.

Mit seiner e-mail-Adresse „juliusvola“ schien Schwarzbauer Mitte Dezember auf der Homepage der rechtsextremen *Wiener Nachrichten Online* als Ansprechpartner für eine Demonstration gegen Israel auf.

Dezember 2001 –
Jänner 2002

Über den Charakter dieser Manifestation gibt auch das dort mitgetragene Leittransparent Auskunft: „Das Ziel der zionistischen Politik? Weltherrschaft?!“

Magenheimer unter „Revisionisten“

Dr. Heinz Magenheimer, Universitätsdozent im Dienste des BM für Landesverteidigung, nahm an der Herbsttagung der *Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt* (ZFI) teil. Laut *Zur Zeit* (49/2001, S. 6) hat Magenheimer, der Mitte der 90-er Jahre versuchte, die These vom „Präventivkrieg“ Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion salonfähig zu machen, eine „starke Abordnung aus Österreich“ angeführt und ein Referat gehalten. Die ZFI wurde 1981 von Alfred Schickel in Konkurrenz zum Münchener Institut für Zeitgeschichte gegründet. Der Informationsdienst *blick nach rechts* schreibt über sie: „Im Mittelpunkt der Bemühungen der ZFI steht der Versuch, das nationalsozialistische Terrorregime und dessen Verbrechen zu verharmlosen.“ (bnr 22/1998, S. 4)

Der bayrische Verfassungsschutz charakterisiert ZFI-Leiter Schickel als „Revisionisten im weiteren Sinn“. (Bayrisches Staatsministerium des Inneren (Hg.): Verfassungsschutzbericht 1997, München 1998, S. 67)

Befreiungsschlag am 11. September

Für Hemma Tifner, Herausgeberin der rechtsextremen Zeitschrift *Die Umwelt*, sind die Terroranschläge in den USA eine späte Rache für die „zweimalige[n] Niederschlagung unserer Heimat“. (*Die Umwelt*, Nr. 5+6/2001, S. 2) Sie hätten bewirkt, „dass die unserem Volk auferlegte Ohnmacht nicht mehr so unendlich schwer auf uns lastet“. (Ebenda) Tifner schreckt dabei nicht davor zurück, hinter dem Massenmord einen göttlichen Plan anzudeuten: „Wer sprach nicht selten hinter vorgehaltener Hand die Worte: ‚Endlich lässt der Herr unser Volk wissen, dass er es nicht vergessen hat.‘“ (Ebenda)

Stolz dürfte Frau Tifner über ihre Kontakte zur FPÖ sein: Nachdem sie in der Ausgabe 3+4/2001 schon ein Foto präsentierte, das sie „im Gespräch mit Frau Vizekanzler“ Riess-Passer zeigt, folgt nun ein Bild mit der ehemaligen Sozialministerin Elisabeth Sickl. Aufgenommen wurde die-

ses am Rand der „Kärntner Kuturtage“ des *Österreichischen Kulturwerkes* in Albeck, wo Sickl ein Schloss besitzt.

Antisemitismus bei der Landsmannschaft

Der *Eckartbote*, Organ der *Österreichischen Landsmannschaft*, deckt in seiner aktuellen Ausgabe interessante „Zusammenhänge“ auf: „Ist Ihnen vielleicht auch aufgefallen, dass ausgerechnet dann, wenn die israelische Armee Panzer und andere schwere Waffen gegen das palästinensische Volk einsetzt, im deutschsprachigen Fernsehen auffallend viele anti-deutsche Filme gezeigt werden?“ (*Eckartbote* 1/2002, S. 2) Tatsächlich ist es ja eine der „Stärken“ des Antisemitismus, dass er dort Sinn schafft, wo keiner ist.

Der Antisemitismus nach Auschwitz operiert daneben mit Codes, die es erlauben, das Feindbild zu bestimmen, ohne es direkt beim Namen zu nennen. Beim *Eckartboten*-, „Schriftleiter“ und NPD-Kontaktmann Helmut Müller liest sich das dann so: „Nicht zu übersehen ist ja die Tatsache, dass jene, die (meist hinter den Kulissen) uns beherrschen, uns auch ständig zu manipulieren versuchen.“ (Ebenda, S. 3) Im Falle der USA werden diese Strippenzieher im Hintergrund einmal mehr als allmächtige „Hochfinanz“ (ebenda) kenntlich gemacht.

Burschenschafter im Ministerium

Im Gefolge freiheitlicher Regierungseteiligung rücken Angehörige des deutschen nationalen Milieus verstärkt an die Schaltelbel politischer Macht vor. Insbesondere den „nationalfreiheitlichen“ Korporationen kommt dabei die Rolle von männlichen Seilschaften zu. Zuletzt sorgte die Tatsache, dass Justizminister Böhmendorfer mit Gerald Waitz ein Mitglied der Innsbrucker Burschenschaft *Brixia* zu seinem Pressesprecher gemacht hat, für Aufregung. Diese ist berechtigt, gehört die *Brixia* doch zum harten Kern der deutsch-österreichischen Burschenschafterszene.

Gegründet wurde diese Korporation 1876, und bereits 20 Jahre später wurde den Juden die Satisfaktionsfähigkeit abgesprochen, was gleichbedeutend mit der Einführung eines „Arierparagrafen“ war. Aufgrund dieses Antisemitismus wurde die *Brixia* 1897 behördlich aufgelöst. Sie konnte zunächst jedoch als *Rhaeto-Ger-*

mania weiter bestehen. 1900 wurde aber auch diese wegen antisemitischer Hetze behördlich aufgelöst, worauf man sich in *Ostmark* umbenannte.

1952 wurde die *Brixia* als „Lebensbund deutschstämmiger Akademiker“ reaktiviert. Im November 1961 schändete ein *Brixie* gemeinsam mit einem weiteren Burschenschafter (*Suevia*) den jüdischen Friedhof in Innsbruck. Die *Brixia* stellte zu Beginn der 60-er Jahre gemeinsam mit der Wiener *Olympia* das organisatorische Zentrum der zweiten, nun mehrheitlich rechtsextremistisch motivierten Terrorwelle in Südtirol dar. Auch die Mitte der 60-er Jahre gegründete (und 1988 behördlich aufgelöste) neonazistische NDP wurde von zahlreichen *Brixen* getragen (z. B. Herwig Nachtmann, Rudolf Watschinger). Am 8. September 1984 trat der Neonazi und NPD-Obmann Norbert Burger (*Olympia*) auf einer Festveranstaltung der *Brixia* auf. Die Bozener Staatsanwaltschaft vermutete auch hinter der Südtirol-Terrorwelle der 80-er Jahre („Ein Tirol“) namhafte *Brixen*. Deutsche Burschenschafter hielten ihre Innsbrucker „Waffenbrüder“ zunächst ebenfalls für militant: 1983 wollten sie der *Brixia* die Aufnahme in den deutsch-österreichischen Dachverband *Deutsche Burschenschaft* (DB) mit der Begründung, diese beheimate „Männer mit terroristischer Gesinnung“, verwehren. Mittlerweile sind die *Brixen* jedoch in die DB aufgenommen worden. Im März 1988 verteilten *Brixen* die *Aula*-Broschüre „1938. Lüge und Wahrheit. Weder Opfer noch Schuld“, welche auch mit dem Stempel der *Brixia* versehen wurde. Der rechtsextreme, zum Teil an NS-Wiederbetätigung gemahnende Inhalt und Stil dieser Schrift veranlasste den Senat der Universität Innsbruck, die Staatsanwaltschaft einzuschalten und über die Aberkennung des Titels „akademisch“ für die Burschenschaft zu beraten. Diese Beratungen verliefen jedoch ergebnislos, auch die Staatsanwaltschaft sah keinen Anlass für weitere Ermittlungen. Ausgerechnet für den 9. November 1989 war ein Vortrag des rechtsextremen britischen Holocaustleugners David Irving auf der Bude der *Brixia* geplant. Da die Behörden jedoch über Irving ein Einreiseverbot verhängt hatten, mussten die Veranstalter ins benachbarte Bayern ausweichen. 1995 wurde ein prominentes Mitglied der *Brixia* nach dem NS-Verbotsgesetz verurteilt, ohne dass dies verbandsinterne Auswirkungen gehabt hätte.

Es ist nicht zu erwarten, dass die Kritik an der Bestellung von Waitz, der sich nicht von der *Brixia* distanzieren möchte, Kon-

sequenzen haben wird. Böhmendorfer war ja selbst während seiner Studienzeit Aktivist der Burschenschaft *Südmark*, eines Ablegers der *Silvania*, welche wiederum Jörg Haider zu ihren Mitgliedern zählt. Der ehemalige Burschenschafter und liberale Politiker Helmut Peter meint über die *Südmark*: „Dort herrschte [...] ein rabiater Antisemitismus, das waren richtiggehende Extremisten.“ (zit. nach: Joachim Riedl: Der Dominator von Bad Goisern. Über die Versuchungen des jungen H., in: Scharlach, Hans-Henning (Hg.): Haider. Österreich und die rechte Versuchung. Reinbek b. Hamburg 2000, S. 158)

Ochsenberger verurteilt

Der Vorarlberger Rechtsextremist Walter Ochsenberger wurde am 18. Jänner neuerlich nach dem NS-Verbotsgesetz (noch nicht rechtskräftig) verurteilt. Von der Gesamtstrafe von 24 Monaten Haft wurden acht Monate unbedingt ausgesprochen, der Rest bedingt nachgesehen. Gegenstand des Verfahrens waren Ochsenbergers Versuche, in seinen Pamphleten *Phoenix* und *Top Secret* den Holocaust als Lüge erscheinen zu lassen.

Während des Prozesses zog er sich auf den Standpunkt zurück, er habe im Glauben gehandelt, dass seine formale Distanzierung am Ende von holocaustleugnenden Artikeln ausreiche, um nicht unter das NS-Verbotsgesetz zu fallen. Und wie die inkriminierten Beilagen in seine Hefte gekommen sind, konnte sich Ochsenberger nun plötzlich auch nicht mehr erklären.

Ochsenbergers Anwalt Herbert Schaller referierte während des Prozesses zustimmend die „Erkenntnisse“ bekannter Geschichtsfälscher, wonach „nie eine Massenmord-Gaskammer existiert“ habe.

Gendarstellung

In den Mitteilungen 154/Dezember 2001 berichteten wir unter der Überschrift „Dürr-Urteil rechtskräftig“ über eine Aussendung Herbert Schweigers (NPD), der sich über das „Skandalurteil“ gegen Robert Dürr empörte. Herr Andreas Thierry ersuchte uns in diesem Zusammenhang um folgende Gendarstellung: „Wörtlich heißt es dann: ‚Verschickt hat das Schreiben Andreas Thierry [...]‘ Diese Tatsachenmitteilung ist unrichtig. Ich habe dieses Schreiben nicht verschickt; die Verwendung meines Namens und meiner Anschrift erfolgte ohne mein Wissen.“

REZENSIONEN

Müller, Reinhard: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung. Hamburg: Hamburger Edition 2001. 501 S.

Die tatsächliche Dimension und Wirkung des stalinistischen Terrors in den dreißiger Jahren verschwindet in Darstellungen häufig hinter allgemeinen quantitativen und qualitativen Aussagen. Was er für einzelne Individuen konkret bedeutete, versucht der Hamburger Historiker Reinhard Müller in seiner Studie „Menschenfalle Moskau“ anhand einer Fallstudie deutlich zu machen. Es geht dabei um den Kreis einiger KPD-Mitglieder, die vor den Nationalsozialisten in die Sowjetunion geflohen waren. Am 5. März 1933 trafen sie sich in einer Moskauer Wohnung zur Diskussion des Wahlergebnisses in Deutschland. 1935 gerieten mehrere Teilnehmer dieser privaten Versammlung nach einer Denunziation ins Visier des stalinistischen Geheimdienstes NKWD, der ihnen über den Kontaktschuld-Vorwurf unterstellte, Angehörige einer konterrevolutionären, terroristischen und trotzkistischen Organisation zu sein. Um die 70 Personen des Kreises wurden verhaftet, gefoltert oder ermordet. Zu den bekannteren Opfern dieser Maßnahmen gehörten die prominenten deutschen Kommunisten Max Hoelz und Erich Wollenberg, aber auch der frühere *Rote Fahne*-Chefredakteur Werner Hirsch, die Witwe Erich Mühsams Zenzl Mühsam und die Brecht-Schauspielerin Carola Neher.

Müller kommt das Verdienst zu, deren Schicksal dem Vergessen entrissen zu haben. Basis seiner Darstellung bilden die Ergebnisse von jahrelangen Recherchen in Berliner und Moskauer Archiven, die eine genaue Rekonstruktion der seinerzeitigen Ereignisse erlauben. Dabei weist der Autor auch immer wieder auf die Denunziationen und Hilfsdienste für die Verfolgung dieser deutschen Kommunisten bzw. Linken durch den späteren bekannten deutschen Politiker Herbert Wehner hin (vgl. S. 278–286). Allerdings erschöpft sich das Buch nicht in seinem dokumentarischen Wert, der in der Präsentation unterschiedlicher historischer Einzelinformationen und Quellen besteht. Dieser Darstellung vorgeschaltet ist eine allgemeiner gehaltene Einleitung, die nach der inneren Logik des stalinistischen Terrors fragt und auf eine Reihe analytisch interessanter Aspekte hinweist. Hierzu gehö-

ren etwa die Ausführungen über die besonderen Feindmuster und die Vernichtungsmetaphorik, die Hinweise auf die Doppelgestalt einzelner Personen als Opfer und Täter zugleich und die Vergleiche mit der historischen Inquisition. Für all dies steht exemplarisch die vorliegende Fallstudie. Müller bemerkt: „Am ‚Fall‘ der ‚Wollenberg-Hoelz-Organisation‘ treten die stalinistische Herrschafts- und Denunziationspraxis wie die Funktionsweisen der vielfältig verflochtenen Verfolgungsbürokratien von NKWD, Komintern und KPD deutlich hervor“ (S. 56 f.). Genau diese Repressionspolitik macht der Autor in seiner Fallstudie überzeugend deutlich. apt

Kopke, Christoph (Hrsg.): Medizin und Verbrechen: Festschrift zum 60. Geburtstag von Walter Wuttke. Ulm: Verlag Klemm und Oelschläger 2001. 320 S.

Anlässlich seines 60. Geburtstags wird mit dem vorliegenden Sammelband das Lebenswerk des Medizinhistorikers Walter Wuttke geehrt, der sich nicht zu Unrecht die wissenschaftliche Reputation erworben hat, zu den Pionieren auf dem Gebiet der kritischen Erforschung und Aufarbeitung der NS-Medizin in Deutschland zu zählen. Bahnbrechende Beiträge sind Wuttke vor allem mit seinen Büchern „Medizin im Nationalsozialismus. Ein Arbeitsbuch“ (1980) und „Volk und Gesundheit“ (1982) gelungen, in denen er als einer der Ersten präzise die ökonomischen Grundlagen der NS-Medizin und die Trias ihrer Ziele: Leistung, Vernichtung und Verwertung herausgearbeitet hat. Als ein zentrales Wesensmerkmal der nationalsozialistischen Medizin begreift er das ihr innewohnende antagonistische Konzept des „Heilen(s) und Vernichten(s)“, womit eine einprägsame Formel geschaffen war, deren Einzug in die Begriffswelt der Medizingeschichte nicht lange auf sich warten lassen sollte.

Die AutorInnen dieses Sammelbandes, allesamt WissenschaftlerInnen aus Medizin, Politikwissenschaft, Historiographie und Rechtswissenschaft, haben mit ihren Beiträgen für eine breit gefächerte Themenpalette gesorgt, deren inhaltliche Schwerpunkte die Medizin im Nationalsozialismus, ihre verbrecherische Dimension, ihre Vorgeschichte und ihre weiterwirkenden Kontinuitäten bilden. In den jeweiligen

Aufsätzen werden die verschiedenen Aspekte der NS-Medizin kritisch analysiert und dargestellt: Rassismus, Antisemitismus, Vorurteilsbildung; NS-Wissenschaftspolitik; die medizinische „Versorgung“ von Zwangsarbeitern; die medizinischen Verhältnisse, Haftbedingungen und Menschenversuche in den KZ; die Stigmatisierung von Homosexualität und die Verfolgung von Homosexuellen; der Mord an psychisch kranken, behinderten und alten Menschen; schließlich die unzureichende strafrechtliche Ahndung der NS-Euthanasieverbrechen in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten.

Der Nutzen, den der/die LeserIn aus der Fülle der Beiträge zu ziehen vermag, liegt auf der Hand: Zum einen wird eine Reihe vielfach neuer Forschungsergebnisse präsentiert, zum anderen wird der jeweilige Forschungsstand kritisch überarbeitet und übersichtlich, auf gut sortierter Quellenbasis zusammengefasst.

Insbesondere die Beiträge von Heinz Faulstich und Thomas Oelschläger beschäftigen sich mit bislang relativ unzulänglich erforschten Kapiteln der NS-Medizingeschichte: So thematisiert Faulstich etwa das Hungersterben in der NS-Psychiatrie, das abseits von Aktion „T4“ und Reichsausschussprogramm in den diversen Anstalten zur Verwirklichung kam und zum Gutteil über das Kriegsende hinaus fortgesetzt wurde. Oelschläger untersucht hingegen die Praxis und die normativen Grundlagen der Schwangerschaftsunterbrechungen des „Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden“, wobei er für die Darstellung seiner Fälle auf Materialien aus dem Kärntner Landesarchiv zurückgreifen kann. P. S.

Iancu, Carol: La Shoah en Roumanie. Les Juifs sous la régime d'Antonescu 1940–1944. Montpellier 2001 (2e édition)

Der in Montpellier lehrende Professor Carol Iancu hat sich intensiv mit der Geschichte der Juden Rumäniens beschäftigt, wobei er den Akzent auf ihre politische und rechtliche Stellung legt. Seine Bücher erschienen zuerst in französischer Sprache und ab 1996 auch in rumänischer Sprache beim Bukarester Hasefer-Verlag. Nachdem 1996 der Band „Juden in Rumänien von der Ausgrenzung zur Emanzipation 1866–1919“ herauskam, folgte 1998 „Emanzipation der Juden in Rumänien 1913–1919“. Dieses Buch vertieft einen Aspekt, der in dem vorangegangenen

Band nur gestreift worden war: den Kampf der bis dahin zumeist staatenlosen Juden Rumäniens um ihre Einbürgerung besonders während der Balkankriege 1912/13 und nach dem Ersten Weltkrieg. Iancu benennt die ausländischen Staatsleute, die sich wie Luigi Luzzatti und Georges Clemenceau besonders für die Gleichberechtigung der rumänischen Juden einsetzten. Der Schwerpunkt im zweiten Teil des Buches sind die Bemühungen jüdischer Delegierter während der Pariser Friedenskonferenz, eine möglichst umfassende Einbürgerung zu erlangen und die Abwehrkämpfe der rumänischen Politiker. Den Abschluss bildet die Erarbeitung der Gesetze zum Minderheitenschutz, deren Unterzeichnung die Vertreter Rumäniens bis Dezember 1919 unter Protest verweigerten.

Der nächste Band „Die Juden in Rumänien. Von der Emanzipation zur Marginalisierung 1919–1938“ erschien 1996 in Montpellier und 2000 in Bukarest. Darin überprüft Iancu, inwieweit der bei der Pariser Friedenskonferenz vereinbarte Minderheitenschutz in Rumänien respektiert wurde und bezüglich welcher Verletzungen beim Völkerbund Interventionen von jüdischer Seite erfolgten. Seine Quellen stammen vor allem aus dem Archiv des Pariser Außenministeriums sowie den Nachlässen des damaligen Bukarester Präsidenten der Union jüdischer Gemeinden Wilhelm Filderman und des Präsidenten der Zionistischen Föderation Leon Mizrahi. Etwas unterrepräsentiert sind die Aktivitäten der jüdischen Parteien aus den neu angeschlossenen Gebieten Bessarabien, Siebenbürgen und der Bukowina. Auch die Tätigkeit der jüdischen Sozialdemokraten wird nur im Zusammenhang mit den Anliegen des Czernowitzer Abgeordneten Jakob Pistiner erwähnt.

1998 publizierte Iancu im Universitätsverlag von Montpellier das Buch „Die Shoah in Rumänien. Die Juden unter dem Regime von Antonescu (1940–1944)“. Eine erweiterte Fassung erschien im Jahr 2001 und demnächst soll die rumänische Übersetzung herauskommen. Dieser Band gibt nicht nur einen Überblick über die antijüdischen Gesetze und Massenverbrechen, er enthält auch 100 bisher unveröffentlichte Dokumente von französischen Diplomaten über die Verfolgung der Juden in Rumänien. Im Oktober 1940 berichtete etwa der Botschafter an das französische Außenministerium über die Einstellung von Kontrolleuren des Kommissariats für Rumänisierung bei Firmen mit französischem Kapital unter dem Vorwand, die Aktionäre seien Juden. Im August 1941

gelangte aufgrund von Hinweisen eines französischen Hochschuldozenten aus Iasi die Information nach Paris, dass nach dem Pogrom in Iasi mindestens 6.000 Tote in ein Massengrab gebracht worden seien und etwa 2.000 Juden in Lastzügen starben. Ein Jahr später hob der Botschafter der Vichy-Regierung hervor, dass — nachdem 185.000 Juden aus Bessarabien und der Bukowina nach Transnistrien deportiert worden waren — nun die Juden in Altrumänien in Gefahr seien. Die Dokumente verdeutlichen, wie gut der Wissensstand ausländischer Diplomaten über die Massenverbrechen in Rumänien war.

M. H.

Adunka, Evelyn: Die Wiener Juden in der Zeit von 1945 bis heute. Berlin: Philo-Verlag 2000. 568 S.

(Vollständig veröffentlicht in: *David*, Nr. 46, 2000, S. 53 f.)

Evelyn Adunka hat eine Arbeit über die Wiedererrichtung der jüdischen Gemeinde in Wien nach 1945 vorgelegt. Sie ist chronikartig geschrieben und erlaubt dem Leser einen guten Ein- und Überblick über die Entwicklung dieses vierten jüdischen Gemeindewesens. In manchen nostalgischen Momenten mag man sich erinnern, wie schwer und schwierig diese Zeit gewesen ist und man dennoch unbeirrt an den Neubeginn heranging und an den Weiterbestand glaubte.

Die ersten Schritte zum Wiederaufbau dieser Gemeinde taten Männer und Frauen, die als „Geltungsjuden“, als jüdische „Mischehepartner“, als „U-Boote“ oder als Bedienstete des Ältestenrates der Juden den Holocaust in Wien überlebt hatten. Unter größten Schwierigkeiten — es gab keine Fahrzeuge, keine geordnete Lebensmittelversorgung, tagelang kein Gas und zeitweilig auch keinen elektrischen Strom — gingen sie daran, die noch bestehenden Institutionen (Altersheim und Spital) der ehemaligen Kultusgemeinde in Betrieb zu halten, das Altkleiderlager, das Archiv und alle schriftlichen Unterlagen zu sichern. Sie sorgten für die elementarsten religiösen Bedürfnisse der Gemeinschaft und trafen auch Vorkehrungen, die Rückkehrer aus den KZ-Lagern und aus der Emigration in Rückkehrerheimen unterzubringen. Ungeachtet vieler Widerwärtigkeiten und aller Schwierigkeiten, trotz mancher Missgeschicke und Rückschläge setzten alle gemeinsam ihre volle Kraft ein, diese einstige stolze und auch angesehene Gemeinde wieder zu einem

selbstbewussten jüdischen Gemeinwesen aufzubauen.

Der Glaube an eine neue jüdische Gemeinde war stark. Man arbeitete hart, alles musste schwer erkämpft werden. Denn von Seiten des Staates wurde in diesen Nachkriegsjahren fast nichts und von Seiten der Stadt Wien, der es selbst an allem mangelte, nur sehr wenig getan, den Rückkehrern ein Obdach zu verschaffen, sich eine Existenz aufzubauen oder eine Arbeit zu finden. Ohne die Hilfe des *Joint*, der damals monatlich Lebensmittel an die Gemeinde-Mitglieder verteilen ließ, wäre es nicht möglich gewesen, den ersten harten Winter von 1945/46 zu überstehen.

Die Kultusgemeinde — eine Institution öffentlichen Rechts — stand praktisch im Sommer 1945 ohne Leitung da. Staatssekretär Ernst Fischer, Chef der vorgesetzten Behörde, setzte daher zur Absicherung einer geregelten Religionsausübung David Brill kommissarisch als Präsidenten ein. Neuwahlen erfolgten im Frühjahr 1946. Ob hinter Fischers Anordnung eine politische Absicht verborgen lag, den Kultusvorstand kommunistisch zu durchsetzen, mag dahingestellt bleiben.

Der Vorstand der Kultusgemeinde wurde damals von drei Parteien beherrscht: Zionisten, Kommunisten und Sozialdemokraten. Von allen jüdischen Gruppierungen stellten die Zionisten die stärkste Fraktion. Sie hätten von Anfang an federführend sein können, wenn sie nicht so in sich zersplittert gewesen wären. Daher gelang es dem Bund werktätiger Juden, der nicht zionistisch, aber pro-israelisch eingestellt war, die führende Position zu erobern. Ab 1948 gab er die richtungweisende Linie an. Bis in die siebziger Jahre konnte er die Mehrheit im Kultusvorstand behaupten, ihm ist die Konsolidierung der Finanzgebarung der Kultusgemeinde sowie der Abschluss des Bundesgesetzes vom 26. 10. 1960 über die finanziellen Leistungen der Republik Österreich an die IKG zu verdanken. Unter der Mitwirkung der IKG wurden auch die meisten Wiedergutmachungsgesetze abgeschlossen. Die Entschädigungssummen waren wesentlich geringer als die der BRD. Eines sollte man jedoch nicht vergessen, sie kamen vielen Menschen noch zu ihren Lebzeiten zugute.

In schwierigen Zeiten wie der Suez-Krise 1956, die zeitlich mit dem Aufstand in Ungarn zusammenfiel, wie auch während des Sechstage-Krieges 1967 und des Jom-Kippur-Krieges 1973 stand die gesamte jüdische Gemeinde geschlossen hinter Israel. Nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes kamen fast 30.000 Juden

als Flüchtlinge nach Österreich. Die große Mehrheit emigrierte weiter, aber einige Tausend verblieben hier und verstärkten den Bestand der Gemeinde. Zuwanderungen erfolgten auch aus Polen und der Tschechoslowakei 1968. Seit den siebziger Jahren wanderten stets Juden aus Russland und anderen Teilen der GUS zu, die heute einen sehr bedeutenden Anteil am Gemeindeleben nehmen.

Kontroversen zwischen Zionisten und dem Bund werktätiger Juden gab es zu meist wegen der Nichtgewährung von Subventionen an so manche Vereine und an die Hebräische Schule. Die IKG war ab Mitte der sechziger Jahre nicht mehr gewillt, diese Schule zu subventionieren. Den Zionisten wurde sogar vorgeworfen, wegen der Erhaltung „kostspieligen Dilettantismus“ zu betreiben. Denn es sei wahrlich ein Luxus, für weniger als fünfzig Kinder eine Volksschule zu erhalten, von denen lediglich die Hälfte der IKG angehörten. Anders läge der Fall bei einer jüdischen Schule. Heute gibt es drei jüdische Schulen in Wien.

Im vorgelegten Geschichtswerk hat die Autorin versucht, alle Bereiche eines jüdischen Gemeinwesens zu erfassen. Bei einem so großen Vorhaben kann es natürlich vorkommen, dass manches unerwähnt bleibt oder unbeabsichtigt übersehen wird. Es mag sein, dass die Orthodoxie etwas zu kurz kam. Aber im Großen und Ganzen kann man sagen: Die Autorin hat mit der Geschichte der „Vierten Gemeinde“ eine hervorragende Pionierleistung erbracht.

J. M

**Feuerstein, Michaela, Gerhard
Milchram: Jüdisches Wien.**

**Stadtspaziergänge. Mit e. Einl. v.
Klaus Lohrmann. Wien u. a.:
Böhlau 2001. 238 S.**

Michaela Feuerstein und Gerhard Milchram haben hier ein kleines Geschichtsbuch vorgelegt, das die Stadtgeschichte des jüdischen Wien ab der Babenbergerzeit beschreibt. Vor allem aber ist es ein Wanderbuch, mit ausgetüftelten Stadtspaziergängen, eine dichte Spurensuche durch das lebendige, versunkene und vernichtete jüdische Wien. In zehn Kapitel führen Feuerstein und Milchram durch die wechselvollen Epochen der Kultur, Architektur, Kunst, Medizin, Wirtschaft und Religion des jüdischen Wien. Die ersten drei Kapitel beschäftigen sich mit der inneren Stadt, wo es insbesondere rund um den Judenplatz viel über die mittelalterliche Geschichte zu entdecken gibt.

Die Ambivalenz der habsburgischen Monarchie zu ihren Bankiers ist am Schicksal Samuel Oppenheimers dargestellt. Oppenheimer bekam nach der zweiten Vertreibung der Jüdinnen und Juden aus Wien (1670) eine Aufenthaltsgenehmigung. Er lieb den Habsburgern immer wieder große Summen, „finanzierte“ Türkenkriege, höfisches Leben. Habsburg stieg zum führenden Herrscherhaus in Europa auf. Oppenheimer wurde dafür der Titel „Kaiserlicher Kriegsfaktor“ verliehen. 1700 schließlich wurde das Oppenheimerhaus am Bauernmarkt 1 von Wienern und Wienerinnen gestürmt und verwüstet — sie lasteten Oppenheimer den feudalen Lebensstil des Kaiserhauses an. Wenig später, nach Oppenheimers Tod im Jahre 1703, wurde über dessen Vermögen der Konkurs verhängt.

Im zweiten Bezirk — „Seit dem Ghetto im 17. Jahrhundert bis zum heutigen Tag ist die Leopoldstadt Zenrum des jüdischen Lebens.“ — durften sich Jüdinnen und Juden ab 1624, 150 Jahre nach der Zerstörung der mittelalterlichen jüdischen Gemeinde, wieder ansiedeln. Kaiser Ferdinand II ordnete an, dass sie sich auf dieser damals noch ständig von Donauhochwasser bedrohten Insel niederlassen sollten. Zählte das Ghetto zu Beginn 15 Häuser, so wuchs es kurz vor seiner Auflösung 1669 auf 132 Häuser. Die Inquisitionshofkommission beschuldigte Gemeindemitglieder der Hostienschändung und der Kollaboration mit den Türken, eine Fehlgeburt der Kaiserin Margarethe wurde dann als Zeichen Gottes gewertet, dass die Juden ausgewiesen werden müssten. Die Synagoge wurde zerstört, an ihrer Stelle die dem hl. Leopold geweihte Kirche erbaut.

Ausführlich dargestellt werden die Wiener Kaffeehauskultur und die Gründerzeit. Der Spaziergang über die Ringstraße erzählt Unbekanntes und Wissenswertes auch abseits von Hofburg und Oper. „*Viele Wiener Gebäude sind mit der freiwilligen oder unfreiwilligen Beteiligung von Juden entstanden, die damit einen wesentlichen Beitrag zum Wiener Stadtbild geleistet haben. Jüdische Bauherren prägten mit ihren Stadtpalais, Geschäftshäusern und Synagogen v. a. bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs die Wiener Stadtlandschaft entscheidend mit. So nutzte das aufstrebende jüdische Bürgertum die Blütezeit der Ringstraßenpalais, um dort mithilfe großer Architekten als Zeichen ihres gesellschaftlichen und ökonomischen Erfolgs ihre Stadtpalais zu errichten.*“ Genannt seien etwa das Looshaus, Palais Todesco, Palais Ephrussi (heute Sitz der

Casinos Austria), das Palais Schey von Koromla (Kulisse der Fernsehserie „Ringstraßenpalais“), Palais Gomperz, Palais Königswarter. Das Palais Rothschild wurde ab 1938 Sitz der von Adolf Eichmann geleiteten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“.

Die Liste der von Michaela Feuerstein und Gerhard Milchram recherchierten sozialen Einrichtungen ist lang. Einige Gebäude wie das St. Anna Kinderspital oder die allgemeine Poliklinik haben die Nazidiktatur überlebt. Der jüdische Kindergarten im Augarten wurde zwar zerstört, aber „mit der Eröffnung der Lauder-Chabad Schule zog wieder eine jüdische Jugendeinrichtung in den Augarten“.

Die Spaziergänge durch die Außenbezirke streifen u. a. den Brigittenauer Tempel, den Favoritner Tempel und die Simmeringer Synagoge, auch sie wurden während des Novemberpogroms 1938 zerstört.

Klaus Lohrmann spricht in seiner Einleitung von einer „neuen Kultur des Erinnerns“, und das Buch setzt in diesem Sinn einen Akzent, der aus der weiteren Stadtgeschichtsschreibung nicht wegzudenken ist. Selbst gutinformierte WienkennerInnen finden eine Vielzahl von Hinweisen und Anregungen, die Stadt Wien und ihre Geschichte neu und wieder zu entdecken.

W. L.

Palisek, Alfred, Christoph Hatschek:
Landesverräter oder Patrioten? Das Österreichische Bataillon 1943 bis 1945. Graz u. a.: Styria 2001. 215 S.

Alfred Palisek und Christoph Hatschek arbeiten in diesem Buch ein nahezu unbekanntes Kapitel österreichischer Zeitgeschichte auf: Österreicher, die sich als ehemalige Soldaten der Deutschen Wehrmacht in französischer Kriegsgefangenschaft in Nordafrika befanden bzw. im französischen Widerstand tätig waren, stellten noch während des Zweiten Weltkriegs eine militärische Einheit auf, um einen Beitrag zur Befreiung Österreichs zu leisten. Das *Erste Österreichische Freiwilligen-Bataillon* (*1er Bataillon de Volontaires Autrichiens*) bestand nur acht Monate lang und war die einzige österreichische Militärformation, die je im Rahmen der westlich-alliierten Armeen auch wirklich zum Einsatz kommen sollte — die Soldaten übernahmen nach Kriegsende Ordnungs- und Sicherungsaufgaben im Rahmen der französischen Besatzungstruppen.

Im ersten Teil der Publikation erinnert sich der 1941 zur Deutschen Wehrmacht einberufene Alfred Palisek an seine Kriegsgefangenschaft in Nordafrika (1943–1946). Er war nach seiner Rückkehr nach Österreich bei der Wiener Polizei, im Verteidigungs- und Finanzministerium und zuletzt als Regierungsrat und Kulturreferent tätig.

Christoph Hatschek, der seine Diplomarbeit über das *Erste Österreichische Freiwilligen-Bataillon* verfasste, ist seit 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Heeresgeschichtlichen Museum im Wien.

B. E. L.

Schui, Herbert, Ralf Ptak, Stephanie Blankenburg, Günther Bachmann, Dirk Kotzur: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München: Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knauer Nachf. 1997. 336 S.

Die „neue“ extreme Rechte hat sich „modernisiert“ und den Neoliberalismus für sich entdeckt. — diese These wird in dem spannenden Buch an einer Fülle von Beispielen belegt und erhärtet.

Während „alte“ rechtsextreme Formationen wie die bundesrepublikanische NPD oder DVU in traditionell faschistischen Gewässern fischen, haben Parteien wie die *Republikaner* eine „Erneuerung“ durchgemacht. Ihre wirtschaftspolitischen Aussagen etwa lesen sich wie direkte Anleihen bei Neoliberalen wie Hayek: „*Es ist unzweifelhaft, dass marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaften ihre unbestrittenen Vorteile bei der effektiven Allokation der Produktionsfaktoren haben*“ (S. 148) Vom einstigen faschistischen „Primat der Politik“ ist kaum mehr etwas übrig geblieben. Hauptfeind sind der „interventionistische“ Sozialstaat, der Keynesianismus und insbesondere die Gewerkschaften.

Glanzstück bei diesem Häutungsprozess ist die FPÖ: „*Das Konzept der FPÖ ist eine Synthese aus traditionellen rechtsextremen Elementen und neoliberaler Gesellschaftstheorie, verpackt in einem modernistischen Medien-Outfit.*“ (S. 237) Die FPÖ hat als erste rechtsextreme Partei in Westeuropa den Regierungseintritt geschafft und dient als Vorbild: „*Die FPÖ [ist] ein wichtiger Orientierungspunkt sehr vieler Parteien der extremen Rechten in Westeuropa und [stellt] nicht nur ein spezifisch österreichisches Problem [dar]*“ (S. 238)

Das Buch hält insofern die Balance, als der Transformationsprozess von Teilen der extremen Rechten weder als abgeschlossen noch als irreversibel dargestellt wird. Der Kanon traditionell faschistischer Politik kann unter Umständen wieder die Oberhand gewinnen.

Eine zweite aktualisierte — der Text stammt aus dem Herbst 1996 — und erweiterte Auflage dieser Publikation wäre wünschenswert. Nicht zuletzt sollte der Wandel des neofaschistischen MSI zur „postfaschistischen“ *Alleanza Nazionale*, die ebenfalls die Regierungsbeteiligung erreichte, problematisiert werden.

H. D

Magenheimer, Heinz:
Entscheidungskampf 1941. Sowjetische Kriegsvorbereitungen. Aufmarsch. Zusammenstoß. Mit e. Nachwort v. Klaus Hammel. Bielefeld: Osning 2000. 211 S.

Der Autor befasst sich ein weiteres Mal mit dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Da unter ernst zu nehmenden Historikern die Frage, ob es seitens Hitlerdeutschlands ein „Präventivschlag“ gewesen sei, eindeutig mit Nein beantwortet wird, würde es sich nicht lohnen, dieses Thema noch einmal zu behandeln. Deshalb sei nur auf einige bemerkenswerte Aussagen in Magenheimers Buch hingewiesen.

Umrankt von vielen militärstrategischen Gedankenspielen muss sich der Autor zu der Auffassung durchringen, dass sich die deutsche Wehrmacht *nicht* zu einem Präventivschlag gegen die Sowjetunion veranlasst sah. So verweist er auf die Aussage von Generaloberst Halder im Rahmen einer Besprechung am 4. Juni 1941 mit leitenden Generalstabsoffizieren, bei der dieser weder eine eventuell denkbare „präventive Offensive“ der Roten Armee noch eine „Teiloffensive“ innerhalb der Defensivlösung in Betracht zog. Damit stand er laut Magenheimer im Großen und Ganzen in gedanklichem Einklang mit den Generalstabschefs der für den Angriff vorgesehenen drei Heeresgruppen. Der Autor führt auch an, dass neben anderen Experten der deutsche Botschafter in Moskau, Werner Graf von der Schulenburg, nichts unversucht ließ, um seine Vorgesetzten zu überzeugen, dass die Sowjetunion keine kriegerischen Absichten hegte. Im Übrigen veranlasste die überhebliche Fehleinschätzung der Stärke der Roten Armee Generaloberst Halder am 3. Juli zu der

Aussage, „dass der Feldzug gegen Russland innerhalb von 14 Tagen gewonnen wurde“. Die Kenntnis dieser und anderer Umstände führt Magenheimer zur „Einschätzung, dass die Wehrmacht der Roten Armee im Angriff aller Wahrscheinlichkeit nach um kurze Zeit zuvor gekommen ist, beruht [...] nicht auf einer konkreten Absicht, nämlich einer bevorstehenden Offensive präventiv entgegen zu treten. Man kann daher den Feldzug gegen die Sowjetunion 1941 nicht als Präventivkrieg im herkömmlichen Sinn des Wortes bezeichnen. [...] So gesehen stellte der Feldzug auch einen Eroberungskrieg dar, mit dem Ziel einer Zerschlagung des gegnerischen Staatswesens und einer Ausbeutung der besetzten Gebiete.“

Angesichts dieser Fakten versuchen Magenheimer und sein Co-Autor Hammel zu retten, was zu retten ist. Bemüht werden dabei u. a. zwei Dinge: Die so genannte Militärdoktrin der Roten Armee, die vorsah, bei einem Angriff auf die Sowjetunion den Angreifer aus der Defensive heraus zurückzuschlagen und den Krieg in dessen Land zu tragen. Aus dieser Doktrin lässt sich natürlich nicht die Absicht folgern, einen anderen Staat zu überfallen, sondern die fast selbstverständliche Einstellung, die Kriegsschäden im eigenen Land möglichst gering zu halten.

Für jeden vernünftigen Menschen war der Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni (ohne Ultimatum) selbstverständlich ein Überfall. Der Autor behauptet, es habe sich um keinen Überfall gehandelt. Folgt man dieser Argumentation, dann wären auch die Angriffe der deutschen Wehrmacht auf Polen, Luxemburg, Belgien, Niederlande, Dänemark, Norwegen, Jugoslawien keine Überfälle, obwohl die Bewohner dieser Staaten sie gerade als solche wahrgenommen haben. Die beiden Autoren argumentieren, dass Deutschland nicht allein am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges schuld gewesen sei. Die Sowjetunion hätte ja „nur“ mit England und Frankreich einen entsprechenden Pakt schließen müssen. Magenheimer weiß natürlich, dass dies nicht zutrifft — dass die betroffenen Mächte Verhandlungen über den Abschluss eines Abkommens ins Unendliche verzögerten. Schlussendlich zeigt der israelische Militärhistoriker Gabriel Gorodetsky in seinem bekannten Buch „Die große Täuschung“, dass die Sowjetunion, hauptsächlich verursacht durch Stalin, mit den Vorbereitungen gegen einen deutschen Überfall in gefährlichem Verzug war, was u. a. die großen Anfangs-

Suche nach Opfern der nationalsozialistischen Militärjustiz

Ein Projektteam unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Walter Manoschek arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur an einer Geschichte über die österreichischen Opfer der NS-Militärjustiz. Erstmals soll diese bisher vergessene Opfergruppe untersucht werden, um u. a. ihre Rehabilitierung durchzusetzen.

Gesucht werden Personen, die aus der Wehrmacht desertiert sind, als Wehrdienstverweigerer, Wehrkraftzersetzer oder wegen anderer Taten von der Wehrmachtjustiz verurteilt worden sind. Es sollen Interviews durchgeführt werden, um mehr über das Schicksal dieser Opfer des Nationalsozialismus in Erfahrung zu bringen.

Wer an einem Gespräch interessiert ist oder andere Informationen besitzt (Namen von Opfern, Dokumente usw.) wird um Kontaktaufnahme gebeten:
Ao. Univ.-Prof. Dr. Walter Manoschek, Institut für Staatswissenschaft, Hohenstaufengasse 9/7, 1010 Wien; Tel.: 892 71 26; e-mail: walter.manoschek@univie.ac.at

erfolge der Wehrmacht nach dem Überfall erklärt.

Nachdem Magenheimer expressis verbis zugeben muss, dass sich die NS-Führung und ihre Generalität nicht zu einem Präventivschlag veranlasst sahen, ergibt sich die Frage nach dem Zweck des Buches. Ist es der Versuch, die Debatte über den Zweiten Weltkrieg in diesem Sinne doch noch am Köcheln zu halten? Bemerkenswerterweise stellen die Autoren (sozusagen ungefragt) selbst einen Konnex zum Thema Auschwitz, Völkermord, Vernichtungskrieg her. Sie meinen, dass im Rahmen dieses Buches keine Diskussion über die Hintergründe des Holocaust, die geplante Zerschlagung der Sowjetunion, der Ausbeutung und Dezimierung der russischen Bevölkerung geführt werden könne. Worum es ihnen geht, ist das „Tabu zu durchbrechen, das verhindert [...] was zur Relativierung oder Revision bisheriger Auffassungen über den Nationalsozialismus beitragen könnte“. Bemerkenswert

ist, dass ein Historiker den entscheidenden zeitgeschichtlichen Hintergrund auszuklammern versucht — die Absicht des NS-Regimes im Osten Land, Bodenschätze, Arbeitssklaven, Kolonien zu erobern.

Den beiden Autoren sei ein ihnen unverdächtigere Zeuge zur Lektüre empfohlen. General Gotthard Heinrici war als Korps- und später Armeekommandant am Überfall auf die Sowjetunion beteiligt. Er diente als kommandierender General verschiedener Einheiten bis in die letzten Tage des Krieges, zum großen Teil an der Ostfront, später auch im Westen. Er war an keinen Widerstandsaktionen beteiligt und begrüßte die Erfolge beim Einmarsch in die Sowjetunion mit großer Genugtuung, fast mit Euphorie. Er hatte die Gewohnheit, seiner Frau in sehr kurzen Abständen Briefe von der Front zu schicken, mit dem Ersuchen diese aufzubewahren. Am 23. August 1941 heißt es in einem dieser Briefe: „Nachdem wir die Russen so unerwartet überfallen haben ...“ M. S.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Verein „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8. Vereinsvorstand: *Präsident:* Landtagspräs. a. D. Hubert Pfoch. *Vizepräsidenten:* Vizepräs. i. R. Dr. Hubert Jurasek, Prof. Hugo Pepper, Staatssekretär a. D. Dr. Ludwig Steiner, Abg. a. D. Prof. Alfred Ströer, Oskar Wiesflecker. *Kassier:* Abg. Rudolf Edlinger. *Kassier-Stv.:* KR Dr. Gerhard Kastelic. *Weitere Mitglieder:* Dr. Heinz Aramberger, Mag. Dr. Brigitte Bailer, Diözesanrichter Dr. Stefan Denk, OSR Univ.-Doz. Dr. Hubert Christian Ehalt, Prof. Rudolf Gelbard, Sekt. Chef i. R. Dr. Wilhelm Grimburg, RA Dr. Heinrich Keller, MR Mag. Elisabeth Morawek, Prof. Dr. Jonny Moser, Präs. d. IKG Dr. Ariel Muzicant, Abg. a. D. Ing. Ernst Nedwed, HR Univ.-Doz. Dr. Georg Schmitz, OSR Dr. Kurt Scholz, Abg. a. D. Dr. Edgar Schranz, Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl, Dr. Helmut Wohnout. *Wissenschaftlicher Leiter:* Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer. *Kontrolle:* OSR Dr. Josefa Breuer, Gen. Sekr. Friederike Krenn, Mag. Peter Soswinski.

Richtung: Verbreitung von Informationen im Sinne der Grundsatzklärung des DÖW von 1963: „Das Archiv soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden.“

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit: Hermann Dworczak (H. D.), Helmut Fiederer, Mariana Hausleitner (M. H.), Eva Kriss, Wolfgang Lamsa (W. L.), Willi Lasek, Bruno E. Liszka (B. E. L.), Jonny Moser (J. M.), Armin Pfahl-Traughber (apt), Heribert Schiedel, Christine Schindler, Max Schneider (M. S.), Peter Schwarz (P. S.)

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mittertutzner, Tel. 534 36/90315, e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel. 534 36/90319, Fax: 534 36/9990329, e-mail: office@doew.at; Homepage: <http://www.doew.at>).

Ich bestelle folgende Publikationen zum Sonderpreis für Abonnenten der *Mitteilungen*:

- Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), **Von der Utopie zum Terror.** Stalinismus-Analysen. Wien 1994, 181 S.
SONDERPREIS € 9,- / S 125,- (statt S 248,-) ... Stück
- Österreicher im Exil: Sowjetunion 1934–1945.** Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 1999, 800 S., Bildteil
 Karton € 18,80 / S 260,- ... Stück
- Österreicher im Exil: USA 1938–1945.** Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. ÖBV 1995, 2 Bände, 594 bzw. 787 S., Bildteil.
 Leinen (L) € 25,40 / S 350,-, Karton (K) € 21,00 / S 290,- je Band
 Bd. 1 (L) ... Stück Bd. 1 (K) ... Stück
 Bd. 2 (L) ... Stück Bd. 2 (K) ... Stück
- Florian Freund, **KZ Ebensee.** Ein Außenlager des KZ Mauthausen, Wien 1990, 48 S. € 2,90 / S 40,- ... Stück
- Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., € 4,30 / S 60,- ... Stück
- Florian Freund/Hans Safrian, **Expulsion and Extermination.** The Fate of the Austrian Jews 1938–1945. 62 S. € 4,30 / S 60,- ... Stück
- Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. € 4,30 / S 60,- ... Stück
- Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus.** Aktualisierte u. erweiterte Neuauflage, hrsg. v. DÖW. Deuticke 1994. 719 S. € 21,80 / S 300,- ... Stück
- Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, **... ihrer Überzeugung treu geblieben.** Rechtsextremisten, „Revisionisten“ und Antisemiten in Österreich, hrsg. v. DÖW, Wien 1996, Deutsch (72 S./)Englisch (64 S.). € 2,90 / S 40,-
 Deutsche Ausgabe: ... Stück Engl. Ausgabe: ... Stück
- Das Netz des Hasses.** Rassistische, rechtsextreme und neonazistische Propaganda im Internet, hrsg. v. DÖW, Wien 1997, 304 S., 131 Abb. € 14,10 / S 195,- ... Stück
- Brigitte Bailer-Galanda, **Haider wörtlich — Führer in die Dritte Republik,** Löcker Verl. Wien 1995, 192 S., Ladenpr. € 19,40 / S 268,- ... Stück
- Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** hrsg. v. DÖW, Bund Sozialdemokr. Freiheitskämpfer, Wien 1996, 135 S. € 6,50 / S 90,- ... Stück
- Albert Sternfeld, **Betrifft: Österreich.** Von Österreich betroffen. Böhlau 2001, 294 S., Ladenpr. € 28,90 / S 398,- ... Stück
- Karl Glaubauf, **Robert Bernardis.** Österreichs Stauffenberg, o. O. 1994, 88 S., Ladenpr. € 9,40 / S 130,- ... Stück
- Gertrude Enderle-Burcel/Michaela Follner, **Diener vieler Herren.** Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945, hrsg. v. DÖW/Österr. Gesellschaft f. histor. Quellenstudien, Wien 1997, 541 S. Leinen (L) € 18,10 / S 250,-, Karton (K) € 13,80 / S 190,-
 (L) ... Stück (K) ... Stück
- 1938. NS-Herrschaft in Österreich.** Texte und Bilder aus der gleichnamigen Ausstellung, hrsg. v. BM f. Inneres und DÖW, Wien 1998, 48 S., € 1,00 / S 15,- ... Stück
- Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945.** Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998, 488 S., rund 230 Abb. € 15,20 / S 210,- ... Stück
- Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Ergänzungen I,** Wien 2001, 99 S. € 5,80 / S 80,- ... Stück
- Kombiangebot Gedenken und Mahnen in Wien,* Wien 1998 *und Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,* Wien 2001. € 17,80 / S 245,- (statt € 21,- / S 290,-) ... Stück
- Zeugen Jehovas.** Vergessene Opfer des Nationalsozialismus?, Schriftenreihe des DÖW zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen – 3, Wien 1998, 61 S., € 3,60 / S 50,- ... Stück
- Brigitte Bailer, **Wiedergutmachung kein Thema.** Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Löcker Verl. Wien 1993. 309 S. Ladenpr. € 27,60 / S 380,- ... Stück
- Claudia Kuretsidis-Haider/Winfried R. Garscha (Hrsg.), **Keine „Abrechnung“.** NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945, Leipzig–Wien 1998, 488 S., € 22,50 / S 310,- ... Stück
- Herbert Exenberger (Hrsg.), **Als stünd' die Welt in Flammen.** Eine Anthologie ermordeter sozialistischer SchriftstellerInnen. Mandelbaum 2000, 284 S., Ladenpr. € 18,- / S 248,- ... Stück
- Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hrsg.), **NS-Herrschaft in Österreich,** öbv und hpt 2001, 959 S., Ladenpr. € 25,40 / S 350,- ... Stück
- Judenplatz.** Ort der Erinnerung, hrsg. v. Gerhard Milchram im Auftrag d. Jüdischen Museums der Stadt Wien, Pichler Verlag o. J. (2000), 118 S., Deutsch/Englisch, € 10,70 / S 148,-
 Deutsche Ausgabe: ... Stück Engl. Ausgabe: ... Stück
- CD-ROM
Die österreichischen Opfer des Holocaust / The Austrian Victims of the Holocaust, Wien 2001, Deutsch/Englisch, € 24,- / S 330,25 ... Stück
- Jahrbuch 2002,** hrsg. v. DÖW, Schwerpunkt: Widerstand und Verfolgung, ca. 180 S. € 5,90 / S 82,- ... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 53 436/90319.

**Sponsoring-
Post**

Verlagspostamt
1010 Wien

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S